

24. Newsletter

Gegen Rechtsextremismus

.....

Ausgabe vom 06.12. 2011

Dies ist die Ausgabe 24. unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus. In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie ihn mit dem unten stehenden Link abbestellen.

**Über Ihr Interesse freut sich und auf Ihre Unterstützung hofft
Clara Herrmann (Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus).**

**Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen,
Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Carla Hustedt,
buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de**

[Bestellen oder abbestellen können Sie den Newsletter hier](#)

INHALT

[Frohe Festtage, Guten Rutsch](#)

[Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen](#)

[Keine Verharmlosung rechter und rassistischer Gewalt! Geschehen lückenlos Aufklären und Konsequenzen aus Versagen der Behörden ziehen](#)

[Entschieden gegen Rechts!](#)

["no-nazis.net - Für Soziale Netzwerke ohne Nazis"](#)

[In eigener Sache](#)

[Termine](#)

[Presse](#)

[Kleine Anfragen](#)

Frohe Festtage und einen guten Rutsch!



Dies ist der letzte Newsletter im Jahr 2011.

Ein Jahr mit Ereignissen und Erkenntnissen, die noch einmal deutlich gemacht haben wie wichtig das Engagement der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts ist. Dieses Engagement muss von der Politik gesehen, gewürdigt und gestärkt werden, anstatt ihm, wie durch die Extremismusklausel, Steine in den Weg zu legen.

Ich habe mit vielen Organisationen, Verbänden zusammengearbeitet die sich durch Aufklärungs-, Präventionsarbeit, Opferberatungsstellen aktiv gegen die Verbreitung rechtsextremistischen, menschenfeindlichen und rassistischen Gedankenguts einsetzen und hoffe auf ein weiteres Jahr erfolgreicher gemeinsamer Arbeit im Kampf gegen Rechts.

Ich wünsche allen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2012!

[zurück](#)

Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen

Das Abgeordnetenhaus verurteilt den menschenverachtenden Terror, der von Rechtsextremen über ein Jahrzehnt in Deutschland ausgeübt wurde. Wir trauern um Enver İmrek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kızılcı, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubanık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Seit 1990 sind mit den zehn bisher bekannten Todesopfern der Zwickauer Terrorgruppe 138 Menschen Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland geworden, davon zehn in Berlin. Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen der Thüringer Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" haben viele Fragen zur Arbeit des

Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden aufgeworfen. Es erfüllt uns mit tiefer Sorge, dass die Ermittlungen in der rechtsextremistischen Szene über einen derart langen Zeitraum erfolglos blieben. Die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden müssen auf den Prüfstand gestellt werden, um die Ursachen für dieses Versagen festzustellen.

[Weiterlesen](#)

[zurück](#)

Keine Verharmlosung rechter und rassistischer Gewalt! Geschehen lückenlos Aufklären und Konsequenzen aus Versagen der Behörden ziehen Auf dem Landesausschusses (Kleiner Parteitag) vom 16. November 2011 haben die Mitglieder des LA von Bündnis 90/Die Grünen folgende Resolution beschlossen:

Wir sind entsetzt über das Ausmaß der menschenverachtenden Gewalt, die mit rechtsextremistischen Hintergründen in Deutschland verübt wurde. Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen, die der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" zugeordnet werden, zeigen die Existenz rechtsterroristischer Strukturen und bedeuten eine völlig neue Dimension rechtsextremistischer Bedrohung in Deutschland. Diese Bedrohung muss von Staat und Gesellschaft entschieden bekämpft werden. Wir sind zutiefst erschüttert über die Taten und sprechen den Opfern und Angehörigen unser Mitgefühl aus.

Seit 1990 sind 182 Menschen Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland geworden. Auch in Berlin ist rechte Gewalt und Gewaltbereitschaft alltäglich spürbar. So zählen beispielsweise die "Autonomen Nationalisten" zum gewalttätigen rechten Spektrum in Berlin und machen mit Hetzlisten im Internet regelrecht Jagd auf Menschen und Einrichtungen, die nicht in ihr Weltbild passen. Viele der links-alternativen Einrichtungen, auf die Brandanschläge im letzten Jahr verübt wurden, standen auf dieser Liste. Gegen Rechts aktive Personen wurden gezielt bedroht.

Diese massive Gewaltbereitschaft der rechten Szene darf nicht länger geleugnet werden. Neonazis besitzen Waffen und setzen diese auch ein. Rechte Gewalt bis hin zum rechten Terror ist zu lange bagatellisiert worden.

[zurück](#)

Entschieden gegen Rechts!

Auf der 33. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel vom 25.-27. November 2011 wurde folgender Antrag beschlossen:

Seit vor über zwei Wochen die erschreckenden Taten der rechten Terrorzelle aus Thüringen bekannt geworden sind, liegen die Hintergründe immer noch weitestgehend im Dunkeln. Wir sind entsetzt über das Ausmaß der menschenverachtenden Gewalt, die mit rechtsextremistischen Hintergründen in Deutschland verübt wurde. Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen, die der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" zugeordnet werden, verdeutlichen die Existenz rechtsterroristischer Strukturen und zeigen das erschreckende Ausmaß rechtsextremistischer Bedrohung in Deutschland. Dass noch immer bis zu 20 Personen eines Unterstützernetzwerks nicht gefasst sind und das volle Ausmaß der Taten noch nicht bekannt ist, ist unerträglich. Unsere Demokratie wird von Rechts bedroht. Diese Bedrohung muss von Staat und Gesellschaft entschieden bekämpft werden. Wir begrüßen es, dass auf Initiative der grünen Bundestagsfraktion hin der Deutsche Bundestag in einer vereinbarten Debatte einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen verabschiedet hat, der die Trauer mit den Opfern ausdrückt und einen entschiedenen Kampf von Staat und Gesellschaft gegen die rechtsextreme Bedrohung einfordert.

[Weiterlesen](#)

[zurück](#)

"no-nazis.net - Für Soziale Netzwerke ohne Nazis"

Die Amedeu Antonio Stiftung hat ein neues Projekt [no-nazis.net](#) gestartet, das sich gegen die Verbreitung von rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen und weiteren menschenfeindlichen Inhalten in Sozialen Netzwerken einsetzt.

Auf der Internetseite können Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren gemeinsam Strategien gegen Rechts im Internet zu entwickeln und gleichzeitig Antworten auf Fragen wie „Woran erkenne ich Nazis in Internetforen und was kann ich tun, wenn ich sie erkannt habe“? finden.

Das Projekt soll so Austauschplattform und Ratgeber zugleich zum Umgang mit rechten Inhalten in sozialen Netzwerken sein.

Damit ist „no-nazis.net“ ein Paradebeispiel für dringend notwendige Präventiv- und Aufklärungsarbeit im Kampf gegen Rechts!

[Die Homepage des Projekts finden Sie hier.](#)

[Zurück](#)

In eigener Sache

Zum Zeitpunkt des letzten Newsletters waren die Themen- und Ausschusszuständigkeiten noch nicht verteilt. Mittlerweile steht fest: Ich werde als Sprecherin für die Strategie gegen Rechtsextremismus noch weitere 5 Jahre für das

Thema zuständig sein. Außerdem bin ich weiterhin Haushaltspolitische Sprecherin und von nun an auch entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion und weiterhin Mitglied im Hauptausschuss sowie im Verfassungsschutzausschuss.
Ich freue mich auf 5 weitere Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Menschen die sich für den Kampf gegen Rechts engagieren.

[Zurück](#)

Presse

CDU serviert schwarze Kröten erschienen am 20.10.2011 in der taz

"Thor Steinar"-Laden stößt auf Proteste erschienen am 28.10.2011 in der BZ

Berlin, schau hin! erschienen am 22.11.2011 im polli-magazin

Lechts und rinks - im rot-schwarzen Berlin ist alles gleich erschienen am 29.11.2011 auf Netz-Gegen-Nazis.de

Terrorgruppe NSU: Spur nach Berlin erschienen am 12.12.2011 auf Zeitonline

zurück

Termine

Verfassungsschutzsitzung

Der Ausschuss für Verfassungsschutz tagt wieder. Als Grüne Sprecherin für Rechtsextremismus bin auch ich bei den Ausschusssitzungen mit dabei. [Die Seite des Ausschusses mitsamt den Einladungen zu den Sitzungen sowie den Protokollen finden Sie hier.](#)

18.Januar 2012 | 12:00-14:00 Uhr

Berliner Abgeordnetenhaus | Niederkirchnerstraße 5

zurück

Kleine Anfragen

Rechtspopulistische und rechtsextremistische Veranstaltungen vor der Wahl in Berlin? 12.September 2011

Herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Besuchen Sie uns im Internet: www.gruene-fraktion-berlin.de